

## Beschluss 3

### Demokratie jetzt – mehr Mitsprache für Kinder und junge Menschen im Land Bremen

Die Landesmitgliederversammlung der Jusos Bremen möge beschließen:

Der Landesparteitag möge beschließen:

### **Demokratie jetzt – mehr Mitsprache für Kinder und junge Menschen im Land Bremen**

- Der SPD-Landesvorstand sorgt dafür, dass dem Thema „Kinder- und Jugendbeteiligung“ in seiner politischen Arbeit endlich das nötige Gewicht verliehen wird und den Forderungen zur Beteiligung von jungen Menschen endlich Taten folgen!
- Der SPD-Landesvorstand gründet eine Arbeitsgruppe „Bürgerbeteiligung“ mit dem Schwerpunkt „Kinder- und Jugendbeteiligung“ und beauftragt diese AG damit, ein entsprechendes Konzept zur besseren Beteiligung von jungen Menschen zu entwickeln, das u.a. auch die folgenden Punkte umfasst:
  - Förderung der flächendeckenden Einrichtung von Jugendbeteiligungsformen auf Stadtteilebene – wie Jugendbeiräte in Bremen bzw. einem Jugendparlament in Bremerhaven
    - durch ein Einrichtung entsprechender Projektausschüsse „Kinder- und Jugendbeteiligung“ durch SPD-Beiratsfraktionen
    - durch den Dialog mit Kindern und Jugendlichen zum Thema „Partizipation im Stadtteil“ an angemessenen Orten und in angemessener Form
    - Einbringung entsprechender Anträge der SPD-Beiratsfraktionen zur Bereitstellung von Globalmitteln, damit den Projekten und Jugendbeiräten jährlich entsprechende Mittel zur Verfügung stehen, über deren Verwendung die jungen Menschen selbst entscheiden dürfen
    - Berücksichtigung möglicher Beschlüsse/Wünsche/Ideen aus Jugendbeiräten und Jugendprojekten in der Beiratsarbeit – möglicherweise durch das Einbringen entsprechender Anträge der SPD-Fraktionen
  - Einstellung von Planungssummen bei Beteiligungsverfahren für Projekte zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen
  - Entwicklung von partizipativen Möglichkeiten bei Angelegenheiten, die das Bildungs-/Schulwesen betreffen, wie beispielsweise der Einführung eines Stimm- bzw.

## Beschluss 3

### Demokratie jetzt – mehr Mitsprache für Kinder und junge Menschen im Land Bremen

- Beratungsrecht für die GesamtschülerInnenvertretung in der städtischen und staatlichen Deputation für Bildung und für die Allgemeinen Studierendenausschüssen im Wissenschaftsausschuss der Bremischen Bürgerschaft
- Umsetzung einer kinder- und jugendgerechten Stadt-/Landentwicklung
    - Mittels einer kinder- und jugendgerechten Einbindung junger Menschen bei Beteiligungsverfahren, deren Ergebnisse auch tatsächlich in die weiteren Planungen mit einfließen
      - Mit besonderem Augenmerk bei Projekten, die Schulen, Kindergärten, Spielplätze, Freizeitanlagen, Sporteinrichtungen und weitere Treffpunkte junger Menschen sowie die Kindergarten- und Schulwegeplanung betreffen!
  - Mit einzubinden in die Arbeitsgruppe sind neben allen interessierten SPD-Mitgliedern die Beiratsmitglieder aus den für „Kinder bzw. Jugend“ zuständigen Stadtteilausschüssen, die jugendpolitischen SprecherInnen sowie die für Bürgerbeteiligung zuständigen SprecherInnen der SPD-Bürgerschaftsfraktion und der SPD-Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung Bremerhaven
  - Die Ergebnisse der Arbeitsgruppe mit dem Konzept sollen über die SPD-Bürgerschaftsfraktion in die Bremische Bürgerschaft eingebracht werden.
- Der SPD-Landesparteitag fordert die SPD-Bürgerschaftsfraktion auf, dem Thema „Kinder- und Jugendbeteiligung“ mehr Gewicht in der politischen Arbeit der Fraktion zu geben. Der Schwerpunkt sollte hier bei dem der Zugang von (benachteiligten) Kindern und Jugendlichen zu Beteiligungsangeboten liegen.
  - Des Weiteren fordert der SPD-Landesparteitag die SPD-Fraktionen in den Beiräten der Stadtgemeinde Bremen dazu auf, eine Beirätekonzferenz zum Thema „Kinder- und Jugendbeteiligung“ einzuberufen, um dem Thema auf Stadtteilebene einen entsprechenden Raum zu geben. In Bremerhaven ist die SPD-Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung dazu aufgefordert diesem Thema in der Versammlung durch eine Sitzung entsprechender Raum zu geben.

## Beschluss 3

### Demokratie jetzt – mehr Mitsprache für Kinder und junge Menschen im Land Bremen

#### **Begründung**

Engagement und stärkere Beteiligung von Bürgerinnen und Bürger erfährt im Land Bremen einen neuen Stellenwert. So setzt der Senat vermehrt auf die BürgerInnen-Beteiligung bei politischen Prozessen und Maßnahmen. SPD und Grüne haben deren Förderung prominent in der Koalitionsvereinbarung vom Juni 2011 festgesetzt.

Wir Jusos begrüßen diese Partizipationsmöglichkeiten für Bremerinnen und Bremer, denn sie fördern die aktive Einbindung aller Menschen und können dazu beitragen, Politikverdrossenheit abzubauen und bürgerschaftliches Engagement zu fördern.

Allerdings betrifft die Beteiligung alle Generationen, denn nicht nur Erwachsene wollen mitreden und sich engagieren, wenn sie unmittelbar betroffen sind, auch Kinder und junge Menschen haben dieses Bedürfnis. Sie können durch diese Angebote positive Erfahrungen sammeln, Demokratie praktisch erleben und erkennen durch ihr Engagement, dass sie die Veränderbarkeit des eigenen Umfelds erreichen können. Auf der anderen Seite verbessert sich durch ihre Beteiligung die strategische, kommunale Planung und passendere Angebote werden entwickelt, denn Kinder und Jugendliche sind Expertinnen und Experten in eigener Sache. Deshalb sehen wir Jusos gerade in der Verbesserung ihrer Beteiligung wichtigen Handlungsbedarf!

Zwar ist das Land Bremen kein weißer Fleck auf der Landkarte, was die Beteiligungsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen betrifft, denn mit repräsentativen Formen – wie dem Jugendbeirat, projektorientierten Angeboten sowie offen Beteiligungsformen – wie den Jugendforen, die sich in einigen Stadtteilen etabliert haben, bestehen bereits Partizipationsangebote. Wir begrüßen daher, dass auch die rot-grüne Regierung diese Beteiligungsformen für junge Menschen in ihrem Koalitionsvertrag mit einer weiteren Förderung bedacht hat und erkannt hat, dass Kinder und Jugendliche mehr Partizipationsmöglichkeiten benötigen. Leider sehen wir bislang kaum Effekte dieser Förderung, weshalb sind diese Angebote ausbaufähig sind!

Die Gründe sehen wir vor allem darin, dass sie nicht allen Kindern und Jugendlichen den gleichen Zugang gewähren, was u. a. dem Informationsfluss geschuldet ist. Zwar erfolgt der Einbezug neuer Medien und dem Web 2.0., aber alle Angebote zur Kinder- und Jugendbeteiligung können besser beworben werden, um weitere Kinder und Jugendliche zu erreichen! Gerade Mädchen und Frauen

## Beschluss 3

### Demokratie jetzt – mehr Mitsprache für Kinder und junge Menschen im Land Bremen

sowie Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund oder aus sozial benachteiligten Haushalten sollten stärker berücksichtigt werden. Eine Schlüsselrolle fällt hier sicherlich auch den Schulen zu, die die Partizipation als Unterrichtsinhalt vermitteln könnten!

Einen weiteren Ausbaugrund sehen wir in der Verteilung der Beteiligungsmöglichkeiten: Die Angebote sind im Land Bremen sehr ungleich verteilt. Es ist daher wünschenswert, in allen Stadtteilen für angemessene Möglichkeiten zu sorgen. Wir Jusos präferieren weiterhin die repräsentative Form der Beteiligung in Form von Jugendbeiräten, da dieser wirkliche demokratische Beteiligung auch für Kinder und Jugendliche mit sich bringt! Daher sind diese möglichst in allen Stadtteilen zu etablieren. Für die demokratische Legitimierung der Beiräte sollten die Wahlen durch die Schülerinnen und Schüler in den stadtteilansässigen Schulen erfolgen. Wahlberechtigt sind alle Jugendlichen in der Stadtgemeinde Bremen in dem Stadtteil, in dem sie wohnen. Sollten sie in diesem Stadtteil nicht die Schule besuchen, können sie in Bremen in den Ortsämtern ihres Stadtteils wählen. Dieses System hat sich bereits bei der Wahl zum Jugendbeirat Huchting bewährt.

Zur Etablierung der Jugendbeiräte nehmen zunächst die Beiräte und die Ortsämter in den einzelnen Stadtteilen eine Schlüsselrolle ein. Die Beiräte sollten den Dialog mit Kindern und Jugendlichen in angemessener Form – wie beispielsweise bei Podiumsdiskussionen in den Schulen oder Foren, aber nicht am Rande von langwierigen Beiratssitzungen – suchen, um gemeinsam Beteiligungsmöglichkeiten zu entwickeln. Wichtig ist, dass hier die jungen Menschen im Vordergrund stehen und ihren Ideen wahrgenommen werden, um eine bestmögliche Beteiligungsform zu etablieren.

Unser Ziel ist es, dass junge Menschen in jedem Stadtteil durch einen Jugendbeirat Politik mitgestalten können. Sollten sich nicht genügend junge Menschen für einen Jugendbeirat zusammenfinden können, stellen projektorientierte Formen eine Alternative dar. Diese führen häufig zu einer größeren Beteiligung von jungen Menschen, weil sie für ein konkretes Ziel – beispielsweise dem Bau einer Skaterbahn auf einem Sportgelände – auf bestimmte Zeit einsetzen können und nach kurzer Zeit Erfolge sehen können. Wir sehen diese als einen möglichen Schritt hin zu einem Jugendbeirat.

Da in der Stadtgemeinde Bremerhaven das Beiratwesen auf Stadtteilebene nicht existent ist, sind hier andere Wege notwendig. Aus unserer Sicht bietet sich hier die Entwicklung eines stadtweiten Jugendparlamentes an, für welches selbige Bedingungen zur finanziellen Ausstattung und zu seiner

## Beschluss 3

### Demokratie jetzt – mehr Mitsprache für Kinder und junge Menschen im Land Bremen

Wahl gelten.

Der wichtigste Punkt bleibt allerdings dabei, dass Kinder und Jugendliche im Dialog und bei ihrer Beteiligung ernst genommen werden. Partizipation darf nicht nur eine inszenierte Show sein – aus ihr müssen Erfolge und Effekte sichtbar werden! Ein Ansatzpunkt spielt dabei die finanzielle Ausstattung der Beteiligungsangebote. Diesen Ansatz verfolgt auch der Koalitionsvertrag – wir fordern nun die aktive, flächendeckende Umsetzung auf zweierlei Wegen: Dort, wo noch keine Globalmittel in der Beiratsarbeit den Jugendbeiräten oder anderen Beteiligungsformen zur Verfügung gestellt werden, sind die Beiräte zu Beschlüssen aufzufordern. So soll sichergestellt werden, dass jedes Jahr eine entsprechende Summe für den Jugendbeirat bzw. für andere Beteiligungsformen zu Verfügung steht, über deren Verwendung Kinder und Jugendliche selbst entscheiden können – denn das ist echte Beteiligung!

Auf der anderen Seite ist endlich die Forderung flächendeckend umgesetzt werden, dass bei allen (großen) Beteiligungsprojekten, die sich nicht nur auf einen Stadtteil beziehen – wie zum Beispiel bei großen Planungsverfahren – von vorneherein eine Planungssumme für die Beteiligung junger Menschen eingestellt werden muss. Denn echte Beteiligung spielt sich nicht nur auf der Stadtteilebene ab.

Vielmehr ist Partizipation in weiteren Lebensbereichen von Kindern auch über den Stadtteil hinaus unabdingbar. Deshalb fordern wir auch verbesserte Mitspracherechte von jungen Menschen bei allen Themen, die sie jetzt und in Zukunft betreffen. Diese sehen wir vor allem in den Bereichen „Bildung“ und „(Gesamt-)Stadtentwicklung“.

Für die Mitsprache bei Angelegenheiten, die das Bildungs-/Schulwesen betreffen, sind partizipative Möglichkeiten zu entwickeln. Hier kann zum Beispiel die Möglichkeit geschaffen werden, der GesamtschülerInnenvertretung ein Stimmrecht in der städtischen und staatlichen Deputation für Bildung einzuräumen, wenn diese GSV wirklich repräsentativ von allen Schülerinnen und Schülern gewählt wird. Parallel dazu ist den Allgemeinen Studierendenausschüssen der Hochschulen im Land Bremen zumindest ein aktives Beratungsrecht im Wissenschaftsausschuss der Bremischen Bürgerschaft einzuräumen. Die ASten könnten über eine zu gründende eigene Landesarbeitsgemeinschaft dieses Recht wahrnehmen.

Die kinder- und jugendgerechte Stadtplanung spielt gerade für die Sport- und Freizeitgestaltung

## Beschluss 3

### Demokratie jetzt – mehr Mitsprache für Kinder und junge Menschen im Land Bremen

eine große Rolle. Gerade bei der Stadtentwicklung von Bremen und Bremerhaven sind auch Orte von jungen Menschen betroffen – wie beispielsweise Freizeits, Sporteinrichtungen und weitere Treffpunkte aber auch die Kindergarten- und Schulwegeplanung. Aus unserer Sicht werden die für die Stadtentwicklung eingeführten Beteiligungsverfahren für Bürgerinnen und Bürger nicht kinder- und jugendgerecht durchgeführt. Eine Ausnahme bildete zu Teilen das Beteiligungsverfahren zum neuen Hulsberg-Viertel in Bremen, in welches auch Kinder und Jugendliche aktiv durch ein eigenes Verfahren einbezogen wurden. Fraglich ist nun, inwieweit ihre Wünsche und Ideen im weiteren Planungsverfahren Eingang finden.

Wir fordern daher weiter, dass neben der bereits genannten Planungssumme, kinder- und jugendgerechte Methoden – wie die oben genannten Foren oder Projekte, auch bei Beteiligungsverfahren durchgeführt werden und die Ergebnisse anschließend auch wirklich Eingang in das weitere Planungsverfahren finden.

Da unsere Forderungen eine Weiterentwicklung der Ideen aus dem Koalitionsvertrag darstellen, möchten wir, dass sich zunächst die SPD im Land Bremen ebenenübergreifend mit der Beteiligung von jungen Menschen auseinandersetzt und darauf aufbauend ihren Forderungen im Koalitionsvertrag endlich Taten folgen lässt. Dies funktioniert aus unserer Sicht nur, wenn innerparteilich ein vernünftiges Konzept zur Kinder- und Jugendbeteiligung aufgestellt wird, in welchem wir unsere Forderungen wiederfinden.